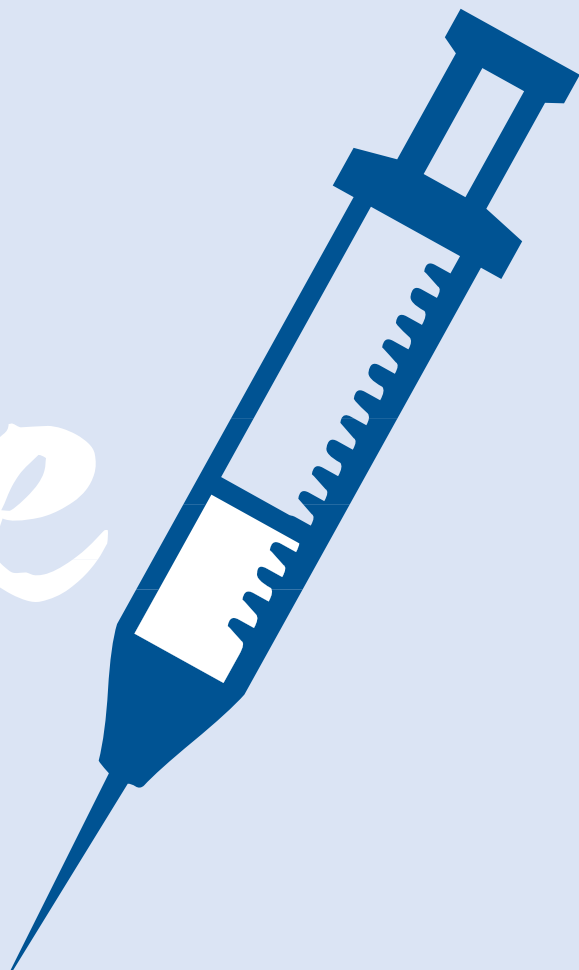




THÜRINGEN LIBERAL

ZEITSCHRIFT DER FREIEN
DEMOKRATISCHEN PARTEI THÜRINGEN
01|2006 JAHRGANG 4

Der liberale Weg



Die Zukunft des Gesundheitswesens



'Hilfe für die Kinder von
Tschernobyl': Uwe
Barth mit Hilfstransport
in Weißrussland



Verfassungsschutz
überprüft
FDP-Vorstand: Lutz
Recknagel im Visier



15 Jahre Bundestag:
Kalle Gutmacher
schied aus dem
Bundesparlament aus



Liebe Leserinnen, liebe Leser

Neues Jahr – Neue Aufgaben – Neue Aufmachung

2006 ist angebrochen, in Berlin versucht eine neue Regierung ihr Glück, in Erfurt eine alte Regierung ihre Bequemlichkeit und in den Kommunen suchen die Parteien Kandidaten für die Wahlen im Mai. Das neue Jahr schließt an das alte fast übergangslos an. Die Parteien müssen sich – schon wieder – in den Wahlkampf begeben. Ende März wird in gleich drei FDP regierten Ländern gewählt: Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg. Im Mai folgen in Thüringen die Wahlen für die hauptamtlichen Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte. Berlin und Mecklenburg-Vorpommern wählen ihre Landesparlamente im September. Viel Arbeit und Spannung für die FDP 2006, auch in Thüringen.

Die Thüringer FDP hat sich zu Beginn des Jahres in ihrer Öffentlichkeitswirkung eine 'Frischzellenkur' verordnet. Die Internetpräsenz der Liberalen hat seit 01. Januar eine neue Aufmachung. Hellere Farben und ein neues Handling dokumentieren den Stand der Technik. Dabei wurde an bewährten Modulen, wie Newsletter, Umfrage oder Forum festgehalten.

Auch die Aufmachung der Thüringen Liberal wurde radikal geändert. Ein überarbeitetes und professionelles farbiges Layout der Werbeagentur 'RAUM II' lösen das bisherige Profil ab. Künftig sind in der Thüringen Liberal zwei neue wiederkehrende Rubriken eingebunden: 'Aus dem Bundestag' und 'Aus dem Europäischen Parlament' berich-



Foto: Axel Heyder

ten über aktuelle Ereignisse, politische Aktivitäten oder parlamentarische Arbeiten in Berlin und Brüssel. Aber: Auch bei den weiteren Ausgaben wird Bewährtes beibehalten. Der Anspruch der kleinen ehrenamtlichen Redaktion bleibt: Keine Hofberichterstattung, keine Hauspostille – sondern Zeitgeschehen aus liberaler Sicht beleuchten und von der Thüringer FDP berichten.

In diesem Sinne: Neues Jahr – Neue Aufgaben – Neue Aufmachung.

Patrick Kurth
Redaktionsleiter Thüringen Liberal

Hilfe für die Kinder von Tschernobyl

Uwe Barth mit Hilfstransport in Weißrussland

Pünktlich zum weißrussischen Weihnachtsfest am 06. Januar erhielten 280 Kinder in acht Dörfern im Gebiet um die Stadt Krasnopolje kleine Geschenke, Obst und Süßigkeiten durch den Jenaer Verein 'Hilfe für die Kinder von Tschernobyl'.

Alljährlich brechen zu Beginn des Jahres die Helfer nach Weißrussland auf. Dieses Mal mit an Bord: Der FDP-Landeschef und Bundestagsabgeordnete Uwe Barth. Er unterstützt den Verein seit langem, nahm mit seiner Familie in Jena Kinder und Eltern auf und überreichte dem Verein den Erlös seines Spendenaufrufes anlässlich seines vierzigsten Geburtstages. Für die diesjährige Tour hat Barth sich freiwillig gemeldet. Die Planungen dafür liefen bereits seit Frühjahr 2005.

Am 02. Januar starteten die zwei Kleinbusse mit den Helfern von Jena aus. Nach 24 Stunden sollte das weißrussische Ziel erreicht werden. Geschenke und Päckchen aus Deutschland werden wegen verschärfter Einfuhrbestimmungen seit ein paar Jahren nicht mehr mitgenommen. Deshalb kauften

die Helfer vor Ort die notwendigen Waren mit Spenden- und Sponsorengeldern aus Deutschland. Süßigkeiten und Südfrüchte sind auch in Weißrussland zu haben. Die Preise allerdings können sich die Eltern der Kinder in der Region nicht leisten. Die Waren werden vom Hilfsverein zunächst gekauft, aufgeteilt und verpackt, um sie dann am weißrussischen Weihnachtstag und den darauf folgenden Tagen zu verteilen.

Helfer Barth will bei der Verteilung direkt vor Ort daran mitwirken, dass die Gelder



Uwe Barth übergab den Spendenerlös an den Verein

auch dort ankommen, wo sie gebraucht werden. 'In Deutschland haben wir eine große Spendenfreundlichkeit. Oftmals sind die Spenden allerdings sehr anonym und abstrakt. Bei unserer Aktion können wir genau nachvollziehen, welche Waren mit den Geldern gekauft und an wen verteilt worden sind.'

Die Fahrzeuge stellte die Hermsdorfer Firma Poßbögel. Zu den Helfern gehören neben Uwe Barth vier Polizisten, zwei 'Vereinsfrauen' und eine Journalistin. Der Verein erhofft sich von dem Transport nicht nur Unterstützung vor Ort, sondern auch eine erhöhte Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. 'Die Tschernobyl-Katastrophe jährt sich 2006 zum zwanzigsten Mal. Noch immer leidet die Bevölkerung im Gebiet. Das Öffentlichkeitsinteresse hat stark abgenommen, die Nachwirkungen vor Ort bleiben', so Uwe Barth. Er ruft deshalb zu weiteren Spenden auf. *pak*

Konto: 'Hilfe für die Kinder von Tschernobyl in Jena' e.V., Kontonummer: 52914, Bankleitzahl: 83053030, Sparkasse Jena

HINTERGRUND

Das **Luftsicherheitsgesetz** (LuftSiG) soll die Luftsicherheit erhöhen, indem Flugzeugentführungen und terroristische Anschläge gegen den Luftverkehr verhindert werden. Es erlaubt den Abschuss von entführten Flugzeugen.

Verfassungsrechtlich und moralisch zweifelhaft ist, ob die Rettung unschuldiger Menschen am Boden eine Tötung unschuldiger Flugzeugpassagiere rechtfertigt und ob der Einsatz der Luftwaffe zulässig ist. In der Praxis ist der Vollzug eines Abschusses äußerst problematisch, da die Feststellung, ob ein Flugzeug zum Zwecke eines Angriffes entführt wurde, zu meist nur auf Zukunftsvermutungen basiert. Reißt der Funkkontakt ab und/oder wird von der Flugroute abgewichen, könnte es sich, wenn überhaupt, auch um eine herkömmliche Entführung eines Flugzeugs handeln.

Das LuftSiG sieht eine **'Zuverlässigkeitsprüfung'** für Crew/Piloten, Flughäfen- und Flugplatzbedienstete, ja selbst Mitgliedern von Flugsportvereinen und Schülerpraktikanten vor. Dazu wird die Identität des Betroffenen überprüft. Nach vorhandenen, für die Beurteilung der Zuverlässigkeit bedeutsamen Informationen werden befragt: Polizeivollzugs- und Landesverfassungsschutzbehörden, das Bundes- und das Zollkriminalamt, der Bundesverfassungsschutz, der Bundesnachrichtendienst, der Militärische Abschirmdienst und die Birtler-Behörde (Stasi-Unterlagen). Auch Informationen von Strafverfolgungsbehörden und Staatsanwaltschaft, aus dem Bundeszentralregister, bei Ausländern aus dem Ausländerzentralregister und den Ausländerbehörden dürfen eingeholt werden. Selbst Flugplatzbetreiber, Luftfahrtunternehmen und sogar der Arbeitgeber des 'Betroffenen' können befragt werden. Der Betroffene ist verpflichtet, an seiner Überprüfung mitzuwirken und hat den Antrag selbst zu stellen. Die Kosten für die Überprüfung zur Ausübung einer beruflichen Tätigkeit trägt der Arbeitgeber. Wird eine Zuverlässigkeit nicht bestätigt, dürfen nicht allgemein zugängliche Bereiche des Flugplatzes nicht betreten bzw. keine Tätigkeit im Flughafen, auf dem Flugplatz oder in einem Flugzeug aufgenommen werden. Dazu gehören auch Reinigungskräfte und Warenlieferanten!

Bundespräsident Horst Köhler ließ das Gesetz von den Juristen des Bundespräsidialamtes länger als üblich prüfen. Bei Unterzeichnung empfahl er dessen rechtliche Prüfung durch das Bundesverfassungsgericht. Seitens der FDP legten z.B. Burkhard Hirsch oder Gerhart Baum, Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz ein. Die Grundrechte der Passagiere seien beeinträchtigt, wenn deren Leben als weniger erhaltenswert angesehen werde, als das der Menschen am Boden. Gegen die Sicherheitsüberprüfungen legten Privatpersonen, v.a. Piloten, Verfassungsbeschwerde ein. Die umfassenden Überprüfungen verdächtigen Piloten pauschal als potenzielle Terroristen und diskriminierten sie damit im Verhältnis zu anderen Berufsgruppen in unzulässiger Weise. *pak*



Verfassungsschutz überprüft FDP-Vorstand

Lutz Recknagel im Visier

Der Überwachungsstaat hält Einzug in die bundesdeutsche Wirklichkeit. Nun wird auch der stellvertretende FDP-Landesvorsitzende Lutz Recknagel vom Verfassungsschutz überprüft. Warum? Welchen Verdacht hegt man gegen einen liberalen Politiker? Thüringen Liberal fragte Lutz Recknagel. Die verblüffende Antwort: 'Ich kann fliegen!':

'Verfassungsschutz überprüft Autofahrer' könnte die Schlagzeile ebenfalls lauten. Zumindest dann, wenn die nach dem Luftsicherheitsgesetz vorgeschriebene Sicherheitsüberprüfung durch Geheimdienst, Polizei und Verfassungsschutz folgerichtig nicht nur auf Privatpiloten wie in meinem Falle, sondern auch auf andere 'gefährliche' Personen angewandt werden würden. Von denen geht, nach Meinung der Großen Koalition jedenfalls, nämlich die Gefahr eines terroristischen Anschlags aus. Wer sich nicht überprüfen lassen möchte, der müsste dann seine Fahrlaubnis abgeben, da er als unzuverlässig eingestuft würde.

Persönlich betroffen bin ich nun also selbst. Zur Überprüfung bin ich aufgefordert worden. Als Privatpilot nutze ich das Flugzeug ausschließlich zu geschäftlichen Reisen innerhalb Europas. Man hätte mich als Abgeordneten des deutschen Bundestags ohne Prüfung als vertrauenswürdig eingestuft, als

Piloten misstraut man mir jedoch. Das Risiko, dass ich mit dem PKW in eine Menschenmenge rase, geht man aber ohne Sicherheitscheck ein. Das ist schon inkonsequent.

Da passen die Pläne der Bundesregierung, die Tausende Helfer, Journalisten und Gewerbetreibenden, die Zugang zu den Veranstaltungen im Rahmen der Fußballweltmeisterschaft 2006 haben, geheimdienstlich zu überprüfen, genau ins Bild. Türkische Würstchenverkäufer islamischen Glaubens können zwar offenbar den Verkauf von Schweinefleisch mit Ihrem Gewissen vereinbaren, an ihrer Zuverlässigkeit wird aber dennoch gezweifelt. Bekommen jordanische Journalisten einen Presseausweis? Offenbar



Lutz Recknagel:
stellv. Landesvorsitzender
der FDP Thüringen,
Kreisvorsitzender der FDP
Schmalkalden-Meiningen

sieht die sozialdemokratisch-konservativ-sozialdemokratische Koalition in Andersgläubigen eine Bedrohung. Unser Rechtsstaat schießt hier über das Ziel hinaus.



Die Zukunft des Gesundheitswesens

Der liberale Weg

Neben den außenpolitischen Ereignissen sind die innenpolitischen Reformen wieder ein Stück in den Hintergrund gerückt. Dabei wird es sicherlich spannend, die Kompromissuche der Großkoalitionäre beim Themenkreis 'Bürgerversicherung' vs. 'Kopfpauschale' zu verfolgen. Insbesondere die semantischen Verrenkungen. Vielleicht entsteht hier das künftige Wort oder Unwort des Jahres 2006.

Spaß beiseite, beide Entwürfe werden von FDP-Programmatikern mit unterschiedlicher Vehemenz abgelehnt. Beide sind ein Musterbeispiel dafür, wie man eine öffentliche Diskussion verkürzen und damit vom Wesentlichen ablenken kann. Denn beide Schlagwörter befassen sich damit, wie die Kosten künftig auf die Versicherungsnehmer a priori verteilt werden sollen. Progressiv wie eine Einkommensteuer – oder als Einheitssatz. Die wichtigste Frage jedoch, wie wir die Gesundheitskosten künftig besser in den Griff bekommen, bleiben beide An-

sätze schuldig. So kritisiert der Beschluss des FDP-Bundesparteitags vom 05. Juni 2004 den SPD-Entwurf zurecht als 'Zwangsversicherung', die den 'Charakter einer zweiten zusätzlichen zweckgebundenen Einkommensteuer' hat und damit verfassungswidrig ist. Der Kopfpauschale der CDU trägt zwar durch die Aufhebung der Lohnanbindung dem Versicherungscharakter Rechnung, wird aber andererseits weder der demographischen Entwicklung noch der liberalen Forderung nach mehr Wettbewerb gerecht. Das waren auch die wesentlichen Gründe für den Ausstieg der FDP aus den Gesundheitsgesprächen 2002.

Bereits dieser Ausstieg war Ausdruck der Überzeugung, dass das Gesundheitswesen in seiner bisherigen Form unreformierbar ist. Was Not tut, ist ein grundsätzlicher Systemwechsel, welcher den Versicherungscharakter der Krankenversicherung betont und den mündigen Patienten in den Mittelpunkt stellt, mit den wichtigen drei Freiheiten:

Freiheit beim Kontraktabschluss, bei der Arztwahl und der Therapie. Die Privatisierung des Krankenversicherungswesens ist daher die notwendige Konsequenz. Insbesondere sollen die positiven Elemente der Privaten Krankenversicherung hier zur Entfaltung kommen:

- ▶ Geldleistungs- statt Sachleistungsprinzip mit Rechnungsstellung an alle Patienten zur Kostenkontrolle
- ▶ Auszahlung des Arbeitgeberbeitrags
- ▶ Weitgehende Selbstgestaltung des Versicherungsumfangs durch Wahlmöglichkeiten beim Leistungsumfang und beim Selbstbehalt
- ▶ Bildung von Altersrückstellungen unter Berücksichtigung des demographischen Faktors

Um dies zu gewährleisten, muss das heutige System der PKV durch Einführung einer für jeden bezahlbaren Grundversicherung, die von jeder Krankenkasse angeboten werden muss, ergänzt werden. Hier herrscht

Kontrahierungszwang, d.h. keine KV kann einzelne Bewerber z.B. aufgrund von Gesundheitsrisiken ablehnen. Andererseits ist die unsinnige Praxisgebühr abzuschaffen und durch eine prozentuale Zuzahlung zu jeder Gesundheitsleistung zu ersetzen. Dies scheint mir ein Konzept zu sein, das trotz aller Anfeindungen zukunftsfest ist. Lassen Sie mich hier noch kurz auf die häufigsten Einwände eingehen:

- ▶ Das System erzeugt neue Bürokratie, denn viele Betroffene fallen angesichts der zu erwartenden hohen Prämie oder der Zuzahlungen unter die soziale Härtefallregel und wären somit einer Einkommensermittlungsbürokratie ausgesetzt.
- ▶ Die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird aufgrund des medizinischen Fortschritts weiter auseinanderklaffen
Bezüglich des ersten Einwandes sei darauf verwiesen, dass es zum einen systemisch

unsauber ist, wenn Sozialtransfers nicht im Steuersystem selbst vollzogen, sondern ins Sozialsystem verlagert werden. Andererseits kommen die Vorteile liberaler Sozialpolitik aber erst zum tragen, wenn das Sozialsystem durch zukunftsträchtige Elemente wie das Bürgergeld reformiert wird.

Beim Problem des medizinischen Fortschritts ist einzuwerfen, dass dieser ohne Elemente des Wettbewerbs immer kostenintensive Lösungen favorisiert. Zwingend ist das nicht. Medizinischer Fortschritt kann auch zu Kostensenkungen führen und wird dies um so mehr tun, je mehr Wettbewerb herrscht. Was hier aber letzten Endes Not tut, ist eine Bewusstseinsänderung der Patienten. Seine eigene Gesundheit befördert man besser durch vernünftige Lebensführung, als durch Einnahme von Arzneien. Hier steht uns ein ähnlicher aufklärerischer Kraftakt bevor, wie bei der vernünftigen Beförderung des Umweltschutzgedankens in der Ökonomie.



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Jost Hofmann (geb. 1956) ist Leiter des Landesfachausschusses 'Gesundheit, Soziales, Familie und Gleichstellung'. In Jena gehört er dem Kreisvorstand als stellvertretender Kreisvorsitzender an. Seit 2003 ist er Mitglied der Redaktion 'Thüringen Liberal'.

Nach Bad Reichenhall: Populisten schreien nach Gebäude-TÜV

Mehr Bürokratie bietet keine Gewähr für mehr Sicherheit

Nach dem tragischen Unglück von Bad Reichenhall überschlugen sich in Windeseile die Rufe vieler Politiker von Dunkelrot bis Schwarz nach einem 'Gebäude-TÜV'. Selbst jedes Auto unterwerfe man aller zwei Jahre einer Zwangsüberprüfung, warum dann nicht auch Gebäude? Zunächst klingt das plausibel, und wer solche Forderungen aufmacht, darf sich nicht nur der Zustimmung etlicher Stammtische sicher sein.

Unbestritten ist zugleich, dass Eigentümer und Betreiber von Bauwerken verpflichtet sind, sich regelmäßig zu vergewissern, dass nach bestem Wissen und Gewissen von ihrem Gebäude keine Gefahr ausgeht. Doch muss jeder, der einen Gebäude-TÜV fordert, sich Gedanken machen, was das bedeutet. Zunächst müsste definiert werden, welchen Umfang ein solcher 'TÜV' haben soll. Hat beispielsweise ein Prüfer die alten Entwurfs- und Statikunterlagen zu überprüfen? Wer sich im Bauingenieurwesen auskennt, weiß, dass Bemessungen immer auf Annahmen beruhen. Kein Materialverhalten kann vollständig erfasst werden. Hinzu kommt, dass auch die sorgfältigste visuelle Überprüfung nicht alle Schäden von Baukörpern komplett erfassen kann. Zerstörungsfrei können Materialprüfungen nur sehr begrenzt erfolgen. Oder wie soll mit vertretbarem Aufwand eine Stahlbetondecke überprüft werden, auf der beispielsweise oben ein kompletter Fußbodenaufbau mit Dämmung, Leitungen, Estrich und Plattenbelägen lagert und die von unten ebenfalls z.B. mit Schallschutzelementen, Sprinkleranlagen und dergleichen verkleidet ist? Man stelle sich auch vor, wie im Spaßbad X oder Y aller zwei Jahre die Leimholzbinder der Hallendecke eingerüstet werden, um sie visuell in Augenschein nehmen zu können.

Um zu erahnen, was das für finanzielle Konsequenzen hat, muss man kein Fachmann sein. Bereits heute sind beispielsweise bei Brücken regelmäßige Überprüfungen vor-

geschrieben. Und bereits heute haben viele Brückenbulasträger nicht das Geld, den vorgeschriebenen Überprüfungsaufwand zu schultern. Es langt also nicht, mehr und noch schärfere Vorschriften zu fordern. Wer das tut, muss auch sagen, wovon die Konsequenzen bezahlt werden sollen.

Es ist halt ein Unterschied, ob man aller zwei Jahre ein Auto in einer Werkstatt aufbockt oder ein Gebäude einrüstet und ganze Konstruktionen aufreißt, um Tragwerke – auch nur bedingt – beurteilen zu können. Bleibt die Frage, warum dann in Ingenieurkammern ein 'Gebäude-TÜV' derzeit zustimmend bewertet wird. Dabei scheint legitim, wenn Kammern als 'geborene' Lobbyisten ein zusätzliches Auftragspotenzial für Bauingenieure wittern. Doch wer die finanziell angespannte Situation öffentlicher



INFORMATIONEN ZUM AUTOR

Dirk Bergner ist Mitglied des FDP-Landesvorstands, Landesvorsitzender der Vereinigung Liberaler Kommunalpolitiker und Vorsitzender des FDP-Kreisverbands Greiz. Mit Mandat der FDP ist er Mitglied des Kreistags Greiz und des Stadtrats Hohenleuben. Er ist von Beruf Diplomingenieur für Bauwesen und betreibt ein Ingenieurbüro mit Sitz in Hohenleuben.



Haushalte kennt, wird sehr schnell von der Vermutung beschlichen, dass ein solcher Erfolg für Ingenieurkammern schnell zum Pyrrhussieg werden könnte. Denn wenn die sowieso schon knappen öffentlichen Mittel für teure Prüfungen draufgehen, fehlen sie für öffentliche Investitionen. Wenn der Unterhalt von Bauwerken so aufwändig wird, dass ihn niemand mehr schultern kann, wird sich jeder potenzielle Bauherr reiflich überlegen, ob er sich so etwas überhaupt antut.

Bereits jetzt sind deutsche Bauvorschriften so ausufernd, dass sie mehr verhindern als gestalten. Bereits jetzt verfügt Deutschland über ein Sammelsurium an Gesetzen, Normen, Verordnungen, Erlassen, Richtlinien, Satzungen, die selbst Fachleute nicht wirklich überblicken können. In dieser Situation neue Gesetze, neue Normen zu fordern, kann da kaum hilfreich sein. Das Gebot der Stunde ist vielmehr eine Kraftanstrengung von Politik und Fachwelt, das vorhandene Regelwerk zu bündeln, zu straffen und übersichtlich zu gestalten, damit Bauherren, Eigentümern, Planern, Bauausführenden und Behörden handhabbare Unterlagen als Richtschnur dienen können.

Um Missverständnissen vorzubeugen, es geht nicht darum, aus einer Katastrophe keine Lehren ziehen zu wollen. Es geht nicht darum, mit einem 'Weiter so' an der Sicherheit zu sparen. Es geht jedoch darum, sich Gedanken zu machen, was wirklich hilft und zugleich machbar ist, ohne das Kind mit dem Bade auszuschütten.

Das furchtbare Unglück von Bad Reichenhall ist denkbar schlecht geeignet, darauf nun ein populistisches Süppchen zu kochen und so zu tun, als könne man durch einfache Überprüfungen alle Risiken ausschließen. Zur besseren Vermeidung weiterer Katastrophen müssen die Ursachen sorgfältig analysiert werden, um Schlussfolgerungen ziehen zu können.

Verjüngungskur

FDP Thüringen startet 2006 mit neuer Homepage

Zu Jahresbeginn hat die FDP Thüringen ihre runderneuerte Homepage freigeschaltet. Administrator Frank-André Thies traf bereits Mitte 2005 Vorbereitungen dazu. Ziel war es, durch einen frischeren Auftritt der Internetpräsenz eine 'Verjüngungskur' zu verordnen. Eine verbesserte Handhabung und sogenannte Barrierefreiheit sollte die Nutzerfreundlichkeit erhöhen. Durch Barrierefreiheit können auch sehbehinderte Nutzer durchs Internet surfen. Der Prototyp konnte sich sehen lassen: ein helles Blau in der Menüleiste, weißer Hintergrund zum Fließtext und Schwarz-Rot-Gold im Seitenkopf als neue Kennung für die erfolgreiche FDP.

Bewährte Elemente der 'alten' Homepage, wie Umfragen und natürlich Newsletter, wurden übernommen. In die Runderneuerung einbezogen sind auch die Kreisverbandsseiten, die an die Landesseite angebunden

sind. Insgesamt eine gelungene Präsenz für den Landesverband. Pünktlich am 01. Januar 2006 ging die Seite ans Netz. Seitdem verzeichnet die Homepage erhöhte Zugriffszahlen. Überhaupt erfreute sich die Internetpräsenz großer Beliebtheit. Im Vergleich zum Vorjahr 2004 haben sich die Zugriffszahlen 2005 bereits verdoppelt.

Mit der freiwilligen Bereitstellung einer barrierefreien Seite unterscheidet sich der Internetauftritt der Thüringer Liberalen deutlich von den Mitbewerbern. Die Seiten der Landesregierung und der Thüringer Landesparteien sind nicht barrierefrei. Dabei ist eine ent-

sprechende Umstellung zumindest des Internet-Auftritts der CDU-Landesregierung nicht nur notwendig, sondern auch ohne große Komplikationen durchführbar. Bei der Erneuerung der Internetauftritte können neben-

bei auch die 900 HTML-Fehler auf der Hauptseite der CDU-Landesregierung abgestellt werden. Der jetzige Zustand ist kein Aushängeschild für die 'Denkfabrik Thüringen'. PDS, SPD und Grüne, welche sonst mit großen Worten für Gleichberechtigung eintreten, sind im Internet nicht mit barrierefreien Seiten vertreten. pak



Fehlannonce

Weihnachtsgrüße der Parteien

Neulich – es war zur Weihnachtszeit – sahen wir uns auf den Internetseiten der Thüringer Parteien um. Nach einem ereignisreichen Jahr ist dem Besucher sicherlich ein Dank und ein Weihnachtsgruß gewiss – dachten wir. Bei den Grünen quakte uns, wie das ganze Jahr, ein frochgrüner Frosch mit ratlosgrimmigem Gesicht an. Passt zu den Grünen, aber nicht zu Weihnachten. Nun gut, wir wissen vielleicht nichts vom jüngsten ideologischen Schwenk der Weltverbesserer: Womöglich verbinden die Grünen wenig mit dem Fest des Friedens und der Versöhnung.

Ähnlich wie die PDS? Nein! Unter dem Slogan 'Luxus für alle' (Kreuzberg-Anarchie lässt grüßen) wünscht diese 'allen Genossinnen und Genossen' ein frohes Weihnachtsfest, um sogleich auf die 'anspruchsvollen Aufgaben' für das neue Jahr hinzuweisen: 'den Widerstand der 'kleinen Leute' zu unterstützen'. Besser könnte man keine Wünsche für besinnliche Weihnachten formulieren. Der Weg von der PDS führte uns zu einer tiefschwarzen Seite mit Grabesschrift:

'Diese Seite wird nicht mehr betrieben, wir sind jedoch auch weiterhin politisch aktiv.', hieß es bei der WASG Thüringen. Diese verwies auf eine Seite, unter der sie nun erreichbar sei: www.Gesellschaft-und-Visionen.de. Ein Klick, und schon wird mit dunkelbrauner Schrift auf hellbraunem Hintergrund 'Die Hymne der Bewegung' (O-Ton der Seite) präsentiert. Linksaußen? Rechtsaußen? Egal, wir wollen schon im Jahr nichts damit zu tun haben, dann erst Recht nicht zur Weihnachtszeit.

Nächster Klick: Freie Wähler Thüringen. Letzte Erneuerung am 14.08.2004. Danke, nächster Klick: MLPD. 'Das Wahldesaster der Herrschenden als Nährboden für den Aufschwung des Klassenkampfes ...'. Danke, nächster Klick: NPD, REP? Nee, bei 'Der Bewegung' waren wir gerade schon. Ratlosigkeit macht sich breit. Wenigstens die älteren politisch organisierten Generationen – so dachten wir – zeigen ihr traditionsreiches Werteverständnis zum Jahresende. Das aber – das Jahresende – war bei den 'Grauen'

bereits im Oktober eingetreten. Seit der Wahl kein neuer Eintrag. Nicht einmal ein Gruß zum christlichen Fest.

Christliches Fest? Christlich? Ja, eine Partei hat den Begriff sogar in ihrem Namen fest verankert, sie muss uns doch zum christlichen Fest grüßen! Also hin zur CDU Thüringen ... Fehlannonce. 'Reformen sind eine optimistische Botschaft', lässt uns der Landesvater seit dem 19.12. wissen. Kein Weihnachtsgruß, kein 'Danke Wähler', kein 'Danke Bürger', nur ein 'Danke Dieter' zum Downloaden in der rechten Spalte. Danke.

Letzter Versuch SPD: Jaaaa, endlich! Der Landesverband, der von einem Theologen geführt wird, schafft es, 'allen Mitstreitern und Freunden der SPD Thüringen' immerhin 'Wünsche zum Fest' in ganzen zwei Zeilen zu überbringen. Danke.

Wir kehren zurück zur FDP Thüringen, erfreuen uns des Jahresrückblicks, der Wünsche für ein 'besinnliches Weihnachtsfest und ein gesundes, friedliches und für uns alle erfolgreiches Jahr 2006'. Danke FDP. red



15 Jahre Bundestag

Kalle Guttmacher schied aus dem Bundesparlament aus

Mit der Bundestagswahl hat das Parlament einen langjährigen Abgeordneten verloren, der bereits dem ersten gesamtdeutschen Bundestag angehörte. Dr. Karlheinz 'Kalle' Guttmacher vertrat seit 1990 die Thüringer FDP im deutschen Bundestag. Seit dieser Zeit war er Mitglied im Petitionsausschuss, dessen Vorsitz er 2004 übernahm.

Geboren 1942 in Danzig, kam Guttmacher nach seinem Abitur 1961 in Wernigerode zum Studium nach Jena. Seinen Abschlüssen als Diplomchemiker und Diplomalphabetiker folgten ebenso zwei Promotionen in

diesen Fächern und 1990 Habilitation (also richtigerweise Dr. Dr. habil. Guttmacher).

An der Jenaer Universität war Guttmacher Dezernent für studentische und akademische Angelegenheiten und hielt Vorlesungen auf dem Gebiet der Chemie in der Ausbildung von Diplomchemikern.

Bereits 1961 trat er in die LDPD ein. Von 1990 bis 2003 war er FDP-Kreisvorsitzender in Jena. Seit 1991 gehörte er dem Landesvorstand, 1994 dem Bundesvorstand an. 2002 wurde er Landesvorsitzender der FDP Thüringen. Er übernahm das Amt in

schwieriger Zeit und kündigte gleichzeitig einen Generationswechsel an. Ende 2003 übergab er den Landesvorsitz wie angekündigt an Uwe Barth. Am 23. Mai 2005, nur ein Tag nach Ankündigung auf Neuwahlen, erklärte Karlheinz Guttmacher, dass er zu Gunsten von Uwe Barth nicht mehr für den Bundestag kandidieren werde. Er schloss damit den Generationswechsel ab.

Kalle Guttmacher hat sich indes noch nicht auf das Altenteil zurückgezogen. Als Stadtrat in Jena betreibt er künftig Kommunalpolitik. pak

Kommunalwahlen

Bürgermeisterwahlen werfen Schatten voraus

Die Wahlen zu den hauptamtlichen Bürgermeistern, Oberbürgermeistern und Landräten am 07. Mai werfen ihre Schatten voraus. Die Kreisverbände sondieren derzeit die politische Lage in den Kommunen, prüfen eigene Kandidaturen oder mögliche Unterstützung für andere Anwärter. So prüfte die FDP Weimar den örtlichen CDU-Kandidaten Stephan Illert 'auf Lungen und Nieren'. Illert versuchte, seine Ziele zu benennen und gab auch familiäre Hintergründe preis. Bedacht war er auf die Unterscheidung zwischen seiner OB-Kandidatur und Tätigkeit als Staatssekretär. Besonders deutlich wurde

dies beim Thema Kreisgebietsreform. Trotz intensiven Nachhakens der Liberalen zog sich Illert auf die offizielle Sprachregelung der Landesregierung zurück. Mit der Formulierung 'für den großen Wurf müsse man in großen Zeiträumen denken', wagte er sich noch am weitesten vor.

Im KV Erfurt wurde indes ein politisches Grundlagenpapier bei Mitgliederamtlichen diskutiert. Die Liberalen werden sich zwar erst am 07. Februar auf einen Kandidaten festlegen, bis dahin soll aber die Diskussion um das Strategiepapier abgeschlossen sein. Dass die Erfurter FDP bei der OB-

Wahl ein gewichtiges Wort mitreden will, wird aus dessen Eingangssatz deutlich: 'Die Erfurter Liberalen werden mit einem eigenen Kandidaten zur Oberbürgermeisterwahl 2006 antreten. Die erklärte Zielstellung ist der Wahlsieg', heißt es dort. In Gotha und Nordhausen haben sich die Liberalen bereits auf Kandidaturen festgelegt. Die Nordhäuser Liberalen stellen Kandidaten für die Kreisstadt sowie für Bleicherode. Eine Konferenz der Kreisvorsitzenden fand in Jena statt. Dort haben die Kreisverbände gemeinsam mit der Landesspitze den Stand der Dinge und das strategische Vorgehen diskutiert. kdl

Aus dem Bundestag: Start mit Verzögerung

Von FDP-Landeschef Uwe Barth, MdB

Es war ein Start mit Verzögerung. Nach der Bundestagswahl am 18.09. dauerte es über neun Wochen, bis die neue Bundesregierung vereidigt war und ihre Amtsgeschäfte aufnahm. Auch der Zuschnitt der Ministerien war bis zuletzt offen und so konnte auch die parlamentarische Arbeit in den Ausschüssen erst zu diesem Zeitpunkt beginnen. Zeit genug also, sich in Berlin einzuleben. Und Zeit, die neuen Eindrücke auf sich wirken zu lassen. Den Bundestag, das Reichstagsgebäude, bisher als touristische Attraktion wahrgenommen, jetzt als Wirkungsstätte zu sehen, das ist nicht so selbstverständlich, wie man auf den ersten Blick annehmen möchte. Die erste Fraktions-sitzung gemeinsam mit den Abgeordneten der 'alten' Fraktion, erste Abstimmung in der Fraktion, erste Plenarsitzung, all dies sind Höhepunkte dieser ersten Wochen.

Trotz der relativen Ruhe in der parlamentarischen Arbeit gab es auch in diesen Wochen viel zu tun und zu entscheiden. Die wichtigste Entscheidung für die künftige Arbeit eines Abgeordneten ist diejenige über die Ausschussmitgliedschaft. Hiervon hängt ab, welches Themengebiet die Abgeordneten-tätigkeit prägen wird. In der FDP-Fraktion kann jeder Abgeordnete grundsätzlich in einem Ausschuss ordentliches und in maximal zwei Ausschüssen stellvertretendes Mitglied werden. Naturgemäß gibt es gerade für die interessanten Ausschüsse, wie Wirtschaft, Haushalt, aber auch Tourismus oder Forschung deutlich mehr Interessenten, als mögliche Mitglieder. Ich hatte mir vorgenommen, möglichst in einem Ausschuss Mitglied zu werden, in dem Themen mit besonderem Thüringen-Bezug bearbeitet werden. Dem-

zufolge sah meine persönliche Prioritätenliste die Ausschüsse für Bildung/Forschung, für Tourismus sowie für Landwirtschaft vor. Mit dem Ergebnis kann ich als Abgeordneter, vor allem aber als Thüringer Landesvorsitzender sehr zufrieden sein. Als ordentliches Mitglied werde ich in dieser Legislaturperiode im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung arbeiten, Themen, die für die Thüringer Hochschul- und Hochtechnologiestandorte von großer Bedeutung sind. Als stellvertretendes Mitglied wurde ich zum einen in den Tourismusausschuss berufen, ein Thema, dessen Bedeutung für Thüringen kaum überschätzt werden kann. Die Berufung als stellvertretendes Mitglied in den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages, den Ausschuss, der als die stärkste Waffe des Parlaments bezeichnet werden kann, macht die Ausschussbesetzung für mich endgültig zum Erfolg. Ich sehe diese Berufungen als Verpflichtung, aber ich sehe sie zu einem Teil auch als Anerkennung an den LV Thüringen, für die in den letzten Jahren wieder gewonnene Stärke. Bei weitem nicht jeder Kollege aus der Fraktion hat seine Vorstellungen so weitgehend verwirklichen können.

Die Arbeit der Fraktion findet auf drei Ebenen statt. Die kleinsten 'Einheiten' sind die so genannten Arbeitsgruppen. Hier beraten die Abgeordneten, die in einem Ausschuss zusammenarbeiten. Die zweite Ebene sind Arbeitskreise, deren es sechs gibt und in denen jeweils mehrere Ausschüsse zusammengefasst sind. Hier werden die Ergebnisse der Arbeitsgruppen beraten und priorisiert, Absprachen zu parlamentarischen Initiativen getroffen, Abstimmungen mit anderen Ar-

beitskreisen vorbereitet, kurz gesagt, die wichtigsten Themen aus den Arbeitsgruppen werden hier für die Fraktionssitzung aufbereitet. Die Vorsitzenden der Arbeitskreise sind gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag. Am 22.11. wählte die Fraktion die Vorsitzenden der Arbeitskreise und ich wurde zum Vorsitzenden des Arbeitskreis VI gewählt. In diesem Arbeitskreis sind die Ausschüsse für Bildung, Forschung, Technikfolgenabschätzung; für Familie, Senioren, Frauen, Jugend und der Ausschuss für Kultur, Medien zusammengefasst. Auch diese Themen haben aus meiner Sicht einen Bezug zu Thüringen. Diese Wahl, die ja gleichbedeutend mit der Wahl in den Fraktionsvorstand ist, bedeutet natürlich eine besondere Herausforderung, die ich aber gerne annehme.

Am 16.01. begann die parlamentarische Arbeit 2006 mit dem Beginn der ersten Sitzungswoche des Deutschen Bundestages. Die Fraktion wird die Regierung als stärkste Opposition konstruktiv begleiten. Das bedeutet, wir werden keine Fundamentalopposition sein, wir sind nicht zum 'Wirbel machen' da. Wir werden konsequent unsere Ansichten vertreten, die Regierung bei richtigen Vorhaben unterstützen und bei falschen oder zögerlichen Schritten kritisieren. Wir werden mit eigenen Vorlagen unsere Lösungsvorschläge unterbreiten und konsequent an dem Ziel weiterarbeiten, für das wir im Wahlkampf geworben haben: Den Politikwechsel in Deutschland herbeizuführen. Ich lade alle Leser der Thüringen Liberal herzlich ein, die Fraktion und auch mich dabei zu unterstützen.



Uwe Barth im Gespräch mit dem Vorsitzenden der FDP-Bundestagsfraktion, Wolfgang Gerhardt, in seinem Berliner Büro.



Fotos: Roland Kowalle

'Hammelsprung' & 'Passiver Widerstand'

Hans Victor von Unruh – Staatsdiener, Unternehmer, Politiker

2006 – ein gutes Jahr, um an den fast vergessenen Hans Victor von Unruh zu erinnern. Unruh wurde vor 200 Jahren geboren, erhielt vor 130 Jahren Magdeburgs Ehrenbürgerwürde und starb vor 120 Jahren. Ein vielseitiger Mann, mit facettenreichem Lebensweg. Er gründete nicht nur die älteste, noch heute bestehende Gasgesellschaft Deutschlands, sondern auch mehrere Parteien und prägte zwei bis heute gängige Begriffe: 'Passiver Widerstand' und 'Hammelsprung'.

Hans Victor von Unruhs Leben teilt sich in eine weitgehend unpolitische Hälfte als Staatsdiener und eine politische Hälfte als Parlamentarier. Sein ganzes Leben aber war er in der Wirtschaft tätig. Dabei hätte der Lebensweg auch anders aussehen können. Als Mitglied einer ostpreussischen Generalfamilie wäre es Pflicht und Tradition gewesen, eine militärische Laufbahn einzuschlagen. Stattdessen wurde er Feldmesser (heute Landschaftsvermesser), studierte später in Berlin und examinierte bei Karl Friedrich Schinkel. Danach trat Unruh in den Staatsdienst ein, zunächst als Wasserbauinspektor im schlesischen Breslau, danach Regierungsrat in Gumbinnen/Ostpreußen und Potsdam.

sem Amt bis zur Parlamentsauflösung 1852 durch den König. 1848 prägte er einen politischen Begriff, der seit her z.T. große Bedeutung hat: "Passiver Widerstand". Unruh hatte als Präsident seine Mitparlamentarier zum Fernbleiben von der Versammlung aufgefordert, um bei der preussischen Regierung gegen die Verlegung der Versammlung nach Brandenburg zu protestieren. Als dem Parlament 'Waffenschutz' durch die Bürger angeboten wurden, lehnte Unruh aus gewaltfreier Überzeugung ab und forderte die Abgeordneten zum 'passiven Widerstand' auf.

Unruh sprach sich immer wieder gegen das preussische Dreiklassenwahlrecht aus und forderte Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit. Seine mehrheitlich gewünschte Ernennung zum Magdeburger Oberbürgermeister wurde abgelehnt, ohnehin musste er Repressalien durch den Preußenkönig Friedrich Wilhelm IV. erdulden. Um sich dem preussischen Einfluss zu entziehen, übersiedelte Unruh 1855 in das Herzogtum Anhalt. In Dessau, getreu seiner Unternehmerader, gründete die Deutsche Continental Gasgesellschaft. Das Unternehmen, bei dem ab 1888 auch Hugo Junkers arbeitete, exi-

chung des Rechtsstaates (z.T. im Widerspruch mit Bismarck) und eine Selbstverantwortung der kommunalen Ebenen. Ziele, die auch heute noch aktuell sind. Im preussischen Abgeordnetenhaus war die Fortschrittspartei bis zu ihrer Spaltung 1867 stärkste Fraktion. In das Parlament zog Unruh 1863 ein. Nach dem Zerbrechen der Deutschen Fortschrittspartei erwies sich Unruh abermals als Parteigründer und hob die Nationalliberale Partei aus der Taufe. Von 1867 bis 1879 war Unruh für diese Partei Abgeordneter, zunächst im Norddeutschen Reichstag, ab 1871 im Deutschen Reichstag. Hier war er maßgeblich an der Einführung des parlamentarischen Abstimmungsverfahrens 'Hammelsprung' beteiligt. Das Verfahren findet bis heute im Bundestag Anwendung. Ist sich Sitzungsvorstand des Parlamentes über das Ergebnis einer Abstimmung nicht einig, wird der Hammelsprung angewendet. Die Abgeordneten verlassen das Plenum und kehren über entsprechend Eingänge, die für Ja, Nein oder Enthaltung stehen, wieder in den Plenarsaal zurück. Dabei werden sie von den Schriftführern laut gezählt. Das Verfahren nennt sich deshalb Hammelsprung, weil eine der Türen zum Plenarsaal des alten preussischen Reichstagsgebäudes (nicht das heutige) mit der Odyssee dekoriert war. Passenderweise stellte es den durch Odysseus erblindeten Zyklopen Polyphem dar, der seine Hammel zählte, indem er sie einzeln durch seine Beine trieb.

Unruh hatte in seinen unterschiedlichen Bestrebungen immer wieder betont, dass die gemäßigten und die nationalen Liberalen in erster Linie Widerstand gegen Erzkonservatismus und die Reaktion leisten müsse. 1876 wurde Unruh die Ehrenbürgerwürde der Stadt Magdeburg verliehen, 1880 erhielt er die der Stadt Dessau. Dort starb er vor 120 Jahren. Mit der Jahrhundertwende gerät der Unternehmer und Politiker weitgehend in Vergessenheit. Nur wenig wird über ihn publiziert. Einen kleinen Auftrieb erhält das Interesse an ihm nach der Wende in Artikeln vor allem sachsen-anhaltinischer Zeitschriften. Die Stadt Magdeburg hat ihm die Viktor-von-Unruh-Straße gewidmet. pak



Um 1848 das Parlament vor einer Verlegung in die Stadt Brandenburg zu schützen, boten die Gewerke und die Bürgerwehr Berlins ihrer Nationalversammlung bewaffneten Schutz an. Parlamentspräsident von Unruh entgegnete dem Angebot: 'Ich wäre entschieden der Meinung, dass hier nur **passiver Widerstand** geleistet werden könne, ... so lange die Presse, solange das Vereins- und Versammlungsrecht nicht von neuem geknebelt ist, hat das Land die Mittel in den Händen, ohne Blutvergießen den Sieg über die Bestrebungen der Reaktion herbeizuführen. ... Wir dürfen, wenn wir den Boden im Lande nicht verlieren wollen, den Gewaltschritten der Krone nur passiven Widerstand entgegensetzen.'

Hans Victor von Unruh (* 28. März 1806 in Tilsit - † 04. Februar 1886 in Dessau)

Ab 1844 leitete er den Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Magdeburg und Potsdam. Mit der Revolution vom März 1848 beginnt Unruhs politisches Leben. Er wurde in die Preussische Verfassungsgebende Versammlung gewählt und gehörte zu den gemäßigten Liberalen. Dabei lehnte er Gewaltanwendung ab, bei den Revolutionären ebenso, wie bei den Armeen. Am 17. Oktober 1848 wurde er zum Vizepräsidenten, elf Tage später zum Präsidenten der Verfassungsgebenden Versammlung gewählt und blieb in die-

stiert bis heute und ist als börsennotierte Holding Contigas die älteste Gasgesellschaft Deutschlands. 1859 war er Mitbegründer der Deutschen Nationalvereins aus der 1861 unter Unruhs Mitwirkung die Deutsche Fortschrittspartei entstand. Sie war die erste politische Partei Deutschlands im heutigen Sinn, mit Parteivorstand, Parteiprogramm und klaren politischen Zielen. Unruh wurde ihr erster Vorsitzender. Kern ihres Programms waren die Einigung Deutschlands (im Bündnis mit Bismarck), Verwirkli-



AUS DEM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

MITTELSTAND IN BRÜSSEL: LAUTER, BITTE!

Holger Kraemer über den Mittelstand und die Europapolitik

Holger Kraemer hat schon oft miterlebt, dass Wirtschaft nicht gleich Wirtschaft ist, wenn es um die Vertretung der Interessen geht. Zuletzt wurde das bei der Beratung der Ökobilanzen für elektrische Geräte deutlich. Die Bilanzierung von Energieverbrauch und Umweltverträglichkeit von der Teilezulieferung und Produktion über den eigentlichen Gerätebetrieb bis hin zur Entsorgung sollte zur gesetzlichen Pflicht werden. Hier hatten die großen Marktführer keine Einwände. Aufwand und Kosten schienen gegen die Vorteile gering: Die kleineren Konkurrenten könnten durch den erhöhten Aufwand auf der Strecke bleiben, und für die Werbung sind die Umweltpässe nützlich. Die Interessen der KMU und der Großindustrie standen sich hier klar entgegen. Niemand bestärkte den FDP-Europaparlamentarier in seiner Skepsis.

Holger Kraemer beschreibt seine Lage so: „Die Lobbyisten haben den Vorschlag zum Ökodesign gelobt. Als Liberaler hat man im Umweltausschuss ohnehin keinen leichten Stand. Aber wenn nicht mal die Industrie Einwände hat, wie hätte ich

da in meiner Gegenrede auf Wirtschaftsfreundlichkeit berufen können? Kurz vor Antragsschluss kamen dann aber doch noch Vertreter aus der mittelständischen Produktion auf mich zu, die meine Einschätzung bestätigten. Beinahe wäre das schief gegangen, sie hatten die Richtlinie nicht auf dem Radar.“ Den Grund dafür kennt der Abgeordnete: „Die Großindustrie hat hier eine hervorragend organisierte Interessensvertretung, den Mittelständlern gelingt das nicht so einfach. Die sind damit beschäftigt, ihre Firmen zu führen und haben für Politikbeobachtung schlichtweg keine Ressourcen.“ Im Ergebnis wurden die KMU doch noch berücksichtigt, Ökobilanzen sind nun freiwillig.

Eine ähnliche Entwicklung hat sich in den letzten Monaten zur Chemikalienverordnung REACH zugetragen. Die Industrie hätte sich schon in Stellung gebracht, als der Mittelstand begann, sich zu organisieren. Inzwischen ist deren Arbeit an REACH aber konzentriert: Mit der „Aktion Einspruch“ (www.aktion-einspruch.de) machen sie erfolgreich Front für Ihre Interessen.

„Wenn die Industrie anklopft, dann steht ein Mann vor mir, der einen machtvollen und etablierten Verband vertritt. Der Mittelstand klopft auch an, immer wieder kamen Briefe und Emails, aber nicht von Verbänden,“ beschreibt der Abgeordnete seine Post, „sondern von wütenden und verzweifelten Unternehmern, die in ihren Briefen an mich eindringlich appellierten, dass ich die Schließung ihres Familienbetriebs verhindern muss, und dass zwanzig oder siebzig Mitarbeiter auf der Straße stehen würden, wenn REACH so und so beschlossen würde. Aber das ist manchmal ganz gut, gegen solche Mahnungen können selbst die glänzenden und zahlengeschwängerten Präsentationsmappen der großen Lobbyverbände nicht anstinken. Aber der Mittelstand muss einfach noch ein bisschen lauter werden. Zum Glück hat der ja jetzt in Brüssel eine Stimme: die FDP-Gruppe im Europäischen Parlament,“ freut sich der Liberale.

HOLGER KRAEMER · MITGLIED IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT
EUROPÄISCHES PARLAMENT · ASP 10G142 · 60 RUE Wiertz
B-1047 BRÜSSEL · TELEFON +32 2 28-45344 · FAX +32 2 28-49344
HKRAEMER@EUROPARL.EU.INT · WWW.HOLGER-KRAEMER.DE



Raus aus der Passivität, hin zur Aktivität

Interview mit Nordhausens OB-Kandidat Martin Höfer

Der FDP-Kreisverband Nordhausen hat sich für die Wahlen am 07. Mai viel vorgenommen. In zwei Städten treten die Liberale selbstbewusst mit Kandidaten an. Ihr festes Ziel: Die Rathäuser von Nordhausen und Bleicherode werden künftig liberal regiert. Thüringen Liberal sprach mit Martin Höfer, OB-Kandidat für Nordhausen.

ThL: Herr Höfer, mit welchen Konzepten werden Sie als Oberbürgermeister regieren?

Höfer: Konzepte setzen Leitlinien um. Erst wenn ich mir Ziele aufstelle, weiß ich, welche Konzepte ich für welche Absicht anwenden werde. Derzeit fehlen in Nordhausen die Ziele und entsprechend auch die Konzepte. Das werde ich ändern.



Nordhausen befindet sich zwischen Harz und Kyffhäuser in einer sehr attraktiven Lage. Touristisch wird das bisher kaum vermarktet. Nehmen Sie die Landesgartenschau 2004. Sie kam und ging, die großen Chancen zu einer aktiven Vermarktung wurden verpasst. Tourismus zieht Dienstleistungsgewerbe nach sich. Im Dienstleistungsgewerbe besteht großes Arbeitsplatzpotential.

ThL: Die Landesgartenschau hat keine positiven Effekte?

Höfer: Sie war für die Stadt und die Region gut. Allerdings nur 2004. So ein Event muss längerfristig wirken. Heute ist die Landesgartenschau ein eingezäunter Garten. Sie wäre gerade für den Kurzzeit-Tourismus von hohem Interesse. Die Landesgartenschau macht deutlich, wie kreativlos und wenig nachhaltig

Martin Höfer (*1952) ist gelernter Handwerksmeister und Dipl.-Ing. Kybernetik. In Nordhausen ist er als Wirt 'Zum Stempel' bekannt. Der Familienvater (zwei Kinder) will nach seiner Wahl zum Oberbürgermeister der Stadt Nordhausen ein Zeichen setzen. In einen Fond für in Not geratene Bürger wird er einen beträchtlichen Teil seines OB-Einkommens zahlen. 'Ich möchte ein Politiker sein, der etwas bewegt und verändert, nicht Pfründe sichert'.

ThL: Ihre Leitlinien sind ...

Höfer: Ich habe drei Ziele: den Wegzug der Jugend stoppen, Arbeitsplätze schaffen und gezielte Wirtschaftsförderung und Gewerbeansiedlung. Für diese Ziele habe ich Konzepte.

ThL: Welche?

Höfer: Mein Konzept steht auf drei Säulen. Erstens: Ich will eine Bestandspflege der ortsansässigen Wirtschaft, eine bevorzugte Behandlung der Nordhäuser Unternehmen. Die Ausschreibungsverfahren werden so aufgestellt, dass Nordhäuser Betriebe die Aufträge erhalten. Zweitens: Die Gewerbeansiedlung muss offensiv betrieben werden. Wir müssen raus aus der Passivität und hin zur Aktivität. Die Verwaltung darf nicht passiv am Telefon auf Interessierte warten. Bei mir werden künftig die Mitarbeiter sich aktiv um Betriebe bemühen, indem sie Unternehmen direkt besuchen. Und schließlich drittens:

Standortpolitik betrieben wird. Man muss aus den Gegebenheiten vor Ort mehr machen. Mir fehlt die Nachhaltigkeit.

ThL: Wie sieht es in Nordhausen mit den Finanzen aus?

Höfer: Nordhausen hat einen vergleichsweise geringen Schuldenberg. Vergleichsweise. Der daraus entstehende Vorteil wird aber nicht genutzt. Als Liberaler versteht es sich von selbst, dass wir die Kosten weiter senken, um politisch handlungsfähig zu bleiben.

ThL: Kosten in der Verwaltung?

Höfer: Ja. Ich sehe vor allem durch Privatisierungen Einspareffekte. Das entlastet den Haushalt und steigert die Leistungsfähigkeit. Ein Beispiel: Ich will die Wirtschaftsförderung in private Hände geben. Eine Gesellschaft, die nach Ergebnissen bezahlt wird, ist leistungsfähiger und oftmals günstiger, als eine Verwaltung, die lediglich Gesetze, Verordnungen und Richtlinien vollzieht.

ThL: Wer ist Ihr Hauptkonkurrent im Kampf um das Rathaus?

Höfer: Ich glaube, dass die Kandidaten gleichberechtigt starten. Natürlich hat die Oberbürgermeisterin einen Amtsbonus. Da sie aber für PDS und SPD antritt, ist sie für viele nicht wählbar. Ich fühle mich als Kandidat des bürgerlichen Lagers. Wir werden dieser linken Volksfront kräftig einheizen, die sich jetzt schon wieder gebären wie die Kandidaten der Nationalen Front.

ThL: Wie können denn die FDP-Kreisverbände und der Landesverband Sie unterstützen?

Höfer: Persönlich würde es mich freuen, wenn z.B. ein Landesparteitag hier in der Nordhäuser Region stattfindet oder Landes- und Bundesprominenz uns besucht. Grundsätzlich gilt aber, dass wir eine Wahl in der Kommune haben und es um regionale Politik geht. Da müssen wir selbst ran. Wir haben in Nordhausen eine gut aufgestellte und kampfeswillige FDP-Truppe. Und wir haben den Anspruch, bei den Wahlen als Sieger hervorzugehen. Es wird uns gelingen, dass wir nach dem 07. Mai 2006 die Zahl der liberalen Rathäuser in Thüringen nach oben korrigieren. *Gespräch: pak*

IMPRESSUM · THÜRINGEN LIBERAL

Herausgeber ▶ FDP Thüringen, Pressestelle
Tschalkowskistraße 35
D-99096 Erfurt
Telefon +49 361 3456482
Fax +49 361 3455924
pressestelle-thueringen@fdp.de
www.fdp-thueringen.de

Redaktionsleitung ▶ Patrick Kurth

Redaktion ▶ Jost Hofmann (joh)
Patrick Kurth (pak)
Klaus-Dieter Landgraf (kdl)

Layout & Satz ▶ RAUM II
Jahn & Ekelmann GbR
Münzgasse 7, D-04107 Leipzig
Mobil +49 171 2142667
info@raum-zwei.com
www.raum-zwei.com

Erscheinung ▶ 'Thüringen Liberal' erscheint 6 mal im Jahr als Beilage der 'elde' und wird für die FDP-Mitglieder im Rahmen der Mitgliedschaft ohne Erhebung eines besonderen Bezugspreises geliefert. Die Auflage beträgt 3.000 Exemplare. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.